## Art. 62 Statthaftigkeit, Form und Frist der Berufung

- (1) <sup>1</sup>Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts über eine Disziplinarklage steht den Beteiligten die Berufung an den Verwaltungsgerichtshof zu. <sup>2</sup>Die Berufung ist bei dem Verwaltungsgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils schriftlich einzulegen und zu begründen. <sup>3</sup>Die Begründungsfrist kann auf einen vor ihrem Ablauf gestellten Antrag von dem oder der Vorsitzenden verlängert werden. <sup>4</sup>Die Begründung muss einen bestimmten Antrag sowie die im Einzelnen anzuführenden Gründe der Anfechtung (Berufungsgründe) enthalten. <sup>5</sup>Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, ist die Berufung unzulässig.
- (2) <sup>1</sup>Im Übrigen steht den Beteiligten die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts nur zu, wenn sie von dem Verwaltungsgericht oder dem Verwaltungsgerichtshof zugelassen wird. <sup>2</sup>§§ 124 und 124a VwGO sind anzuwenden.